

Erfolgreiches Gespräch Leipziger und Marburger Wissenschaftler zur Lebensfrage nationale Selbstbestimmung

Wir tun, was Schröder fürchtet — und bleiben im Gespräch

Es war nicht nur der kalte Nachwind, der Dr. Großkopf und seinen Mannen von der hessischen CDU-Landtagsfraktion die Sprache verschlug, als sie nach einer anstrengenden öffentlichen Sitzung in Marburg an der Lahn auf die Straße traten. Eben erst hatte man eindeutig gegen diese verruchten „Ostkontakte“ der Studenten Stellung genommen. Und nun dieses Plakat, das öffentliche Gespräche von Wissenschaftlern aus beiden deutschen Staaten ankündigte.

„Wenn nur Schröders Einreisegesetz erst in Kraft wäre!“ soll einer der Großköpfe gefeuert haben.

Ob in Kraft oder nicht in Kraft, Schröders Grenzbeamte machen da keinen großen Unterschied. Dem jungen Mann in blauer Uniform, mit dem wir es in Bebra zu tun hatten, verbot zwar die jugendliche Scham, uns abzutasten und entkleiden zu lassen, wie vielerorts Reisende aus der DDR jetzt empfangen werden. Er versuchte aber, uns auch so auszuquetschen und interessierte sich für alles. Nichts war ihm zu geringfügig, aufgeschrieben zu werden. Selbst ein Telegramm unserer Gastgeber, das uns die günstigste Zugverbindung mitteilte, wurde mühselig abgemalt. So also macht man schwarze Listen!

Unter diesen Umständen und unter dem ohrenbetäubenden Geräusche von NATO-Düsenjägern, die bei ihren Manövern im Tiefflug über die Stadt rasten, gelangten wir — Dr. Ulrich Krüger, Direktor des Instituts für Staatstheorie und Staatsrecht der Karl-Marx-Universität (in Vertretung des durch Krankheit verhinderten Prof. Dr. Arzinger), ein Oberassistent und zwei Assistenten — nach Marburg, wo nach Vereinbarung mit dem Institut für wissen-

schaftliche Politik der Philipps-Universität und dem „Ring freier Studenten“ Marburg eine Gastvorlesung Dr. Krügers und ein öffentliches Podiumsgespräch zum Thema „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Norm des Völkerrechts“ stattfinden sollten.

Für Freitag, den 25. November 1960, 18 Uhr, war die Gastvorlesung angesetzt. Eine halbe Stunde vorher schon belagerten Dutzende Studenten aller Fachrichtungen den Hörsaal. Kommilitonen, die aus eben beendeten Vorlesungen kamen, erkundigten sich interessiert nach der Ursache des Auflaufs, viele schlossen sich

gleich an. „So etwas bekommt man nicht alle Tage zu hören.“ Als die Vorlesung eigentlich beginnen sollte, wurde es noch notwendig, in einen größeren Hörsaal umzuziehen. Aber auch der konnte das große Auditorium nicht fassen. Etwa 300 Studenten saßen in den Bänken und auf schnell herangeschafften Stühlen, standen in den Gängen und an den Fenstern. Dutzende schätzten sich glücklich, noch einen Stehplatz vor den Türen des Hörsaales ergattert zu haben, denn 150 Studenten mußten wieder umkehren.

Besonders beachtlich ist das große Interesse, das die Veranstaltung un-

Atomkrieg, unter der die Menschheit lebt, das nationale Selbstbestimmungsrecht heute nur das Recht jeder Nation auf einen Friedensstaat sein kann.

Es gab allerdings nicht nur aufmerksame Zuhörer. War es den verständigungsfeindlichen Kräften nicht gelungen, die Veranstaltung zu verhindern, versuchten sie doch, wie wir es von ihnen gewohnt sind, die Gespräche zum Scheitern zu bringen. Und so saß denn ein ganzer Haufen junger Leute im Saal, die sich gegenseitig ihre Empörung über die „unerhörten Vorgänge“ versicherten und störten, wo es irgend ging. Ohne Erfolg allerdings. Ihre Enttäuschung wurde mit dem Korreferat Prof. Dr. Abendroths, des Direktors des Instituts für wissenschaftliche Politik der Philipps-Universität, vollkommen. Prof. Dr. Abendroth erklärte seine weitgehende Übereinstimmung mit Dr. Krüger, was die historische Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und seine große Bedeutung im Kampf für friedliche internationale Beziehungen anbelangt. Er vertrat allerdings die Auffassung, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht Rechtsnorm, sondern Rechtsgrundsatz sei.

Mit gespanntem Erwartungsging in die zweite Veranstaltung, das öffentliche Podiumsgespräch, dem die Vorlesungen zugrunde lagen. Wieder der gleiche Andrang wie am ersten Abend. Auch der bewußte Haufen junger Leute trat wieder an. Der Verband Heimatvertriebener und Geflüchteter Studenten e. V. war so lebenswürdig, seine unmaßgebliche Meinung schriftlich zu überreichen. Fünf seiner Mitglieder verteilten treu und brav einen Restposten abgestandener Flugblätter, die man gerade noch am Lager hatte... Doch auch diese Aufmerksamkeit führte nicht zum Erfolg! Im Podiumsgespräch kam es zu einer regen und sachlichen Aussprache, der die Störenfriede mangels Geschichts- und Tatsachenkenntnis bald nicht mehr folgen konnten.

Im Verlaufe dieser Aussprache, an der sich auch die Marburger Professoren Dr. Herrfahrdt und Dr. Hensel beteiligten, trat die besondere Problematik der nationalen Selbstbestimmung für unser Volk in den Vordergrund. Hier wurde die Diskussion merkwürdig leidenschaftlicher, es gab große Meinungsverschiedenheiten besonders über den zur Wiedervereinigung führenden Weg. Trotzdem aber wurde in der



Prof. Dr. Abendroth bei seinem Korreferat zur Gastvorlesung

Diskussion deutlich, daß die Sicherung des Friedens durch die Abrüstung in Deutschland der erste Schritt zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für das deutsche Volk sein muß.

So wurde im Gespräch zwischen Leipziger und Marburger Wissenschaftlern die Möglichkeit und Notwendigkeit des Meinungsaustauschs der friedliebenden Kräfte in beiden deutschen Staaten bewiesen, so siegte der Verständigungswille über alle offenen und versteckten Versuche, die Verständigung zu verhindern. Und das war nicht zufällig so. Der Wille der friedliebenden Deutschen, über die Lebensfragen unserer Nation zu beraten, den Weg zu bahnen für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, friedliebender und demokratischer Staat, ist weder durch antikomunistische Hetze zu verhindern noch durch solche Terrormaßnahmen, wie sie SA-Schröder mit seinem Reiseverbot sanktionieren will, zu unterdrücken. Die Diskussionspartner betrachten die Marburger Diskussion als einen wichtigen Beitrag der Wissenschaftler zur Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes für unser Volk. Deshalb haben sie im gemeinsamen Kommuniqué beschlossen, den Meinungsaustausch fortzuführen und gegen alle Versuche zu protestieren, diesen Austausch einzuschränken oder zu verhindern. Hans Poerschke



Während der Diskussion im öffentlichen Podiumsgespräch, v. l. n. r.: Prof. Dr. Abendroth; Klaus Horn, Vorsitzender des „Ringes freier Studenten“; Dr. Ulrich Krüger; Dr. Walter Pöggel.

Muß man immer wieder über Grundfragen sprechen?

Börbel Oskandi, FDJ-Gruppenleiterin der Gruppe Deutsch/Französisch 1/1 stellte im Zusammenhang mit den FDJ-Wahlen die Frage:

Ich sehe nicht ein, warum wir immer wieder die sogenannten „politischen Grundfragen“ diskutieren sollen. Ist denn das unbedingt notwendig? Was soll denn dabei herauskommen?

Wenn wir deine Frage beantworten, wollen wir zunächst eine Gegenfrage stellen: Was sind denn überhaupt „politische Grundfragen“? Und du wirst sagen, daß das die Fragen sind, die uns und unsere Zukunft am meisten betreffen. Also: Wie wird es weitergehen in Deutschland, ist der Militarismus in Westdeutschland wirklich so gefährlich, wie kann man den Militarismus schlagen, was kann man tun, um den Frieden zu erhalten, wohin geht die Entwicklung in der Welt, wie wird unsere Zukunft aussehen? Du bist sehr dafür, daß auf diese Fragen eine Antwort erteilt wird und daß man in Zeitungsartikeln usw. über die wichtigsten politischen Fragen spricht, aber du findest es langweilig und überflüssig, immer wieder davon zu sprechen.

Du siehst aus der Aufzählung, daß die „Grundfragen“ Lebensfragen für alle Menschen sind, besonders für unsere Generation sind, keiner kann z. B. an der Frage Krieg oder Frieden teilnahmslos vorbeigehen. Aber es geht ja nicht nur darum, Fragen aufzuwerfen. Das Studium des Marxismus-Leninismus, der Beschlüsse von Partei und Regierung vermittelt auf die Fragen klare Antworten. Die im Deutschlandplan des Volkes und in der Programmatik des Staatsrates dargelegten Gedanken zeigen letzten Endes auch, was wir tun können und müssen, um den Militarismus zu schlagen und den Frieden zu erhalten. Durch größte Studienleistungen auf der Grundlage eines persönlichen Kompasses und sozialistischer Gemeinschaftsarbeit in den Studiengruppen können auch die Studenten mithelfen, unsere Republik, und damit die Kräfte des Friedens, zu stärken. Gute Deutsch- und Französischlehrer — liebe Börbel — passen dem Militarismus nicht ins Konzept, weil sie mit Recht Angst davor haben, daß unsere sozialistische volkswirtschaftliche Schule zum Vorbild für ganz Deutschland wird.

Aber — und das leuchtet dir sicher ein — wollen wir alle

Freunde dafür gewinnen, höchste Studienleistungen zu erreichen, sich selbst das höchste Ziel zu stellen und wirklich auch vorbildlich in der Studiendisziplin zu sein, dann müssen wir natürlich in der Gruppe immer wieder beharrlich jede Unklarheit klären, alle Freunde vom Haß gegen die verbrecherischen Kriegspläne der Militaristen durchlöchern. Deshalb muß man immer wieder über politische Fragen sprechen.

Natürlich kommt es dabei auf das „Wie“ an. Viele Gruppen haben das in der Wahlperiode formal gemacht; Die politischen Fragen wurden oft oberflächlich und ohne Leidenschaft behandelt. Man spürte nicht das Anliegen, sich wirklich Klarheit zu verschaffen, lustlos und ohne gründliche Sachkenntnis wurde diskutiert, weil man meinte, daß das ja nur von „oben“ so angeordnet war und weil ja sowieso alle Fragen „klar“ sind.

Bei einem solchen Vorgehen fehlen natürlich echte Schlussfolgerungen für die Arbeit der Gruppe. Im Gegenteil — Studiendisziplinverstöße, mangelnde Studienintensität, weiche Pläne und Egoismus werden in keinerlei Zusammenhang mit den so wichtigen politischen Fragen gebracht.

In deiner Gruppe gibt es doch selbst solche Beispiele, daß der Zusammenhang zwischen Politik und Studium noch nicht begriffen wird. Am vorletzten Sonnabend erschienen von 14 Freunden nur vier zur polytechnischen Ausbildung im Betrieb. Mag sein, daß ein Teil der Freunde krank war, aber ganz offensichtlich haben einige Freunde aus Bequemlichkeit die Studiendisziplin verletzt und sind einfach nach Hause gefahren. Meinst du, daß diese Freunde ihren Auftrag als Studenten begriffen haben, meinst du, daß sie wissen, daß auch sie dazu beitragen können, den für uns alle, also auch für sie so verderblichen westdeutschen Militarismus zu schlagen? So zeigt sich bei uns das Verständnis der politischen Grundfragen ganz konkret. Wir sind den Freunden nicht böse, wenn sie es noch nicht wissen, aber sie müssen im Laufe des Studiums begreifen, daß das Studium, für das unser Arbeiter- und Bauern-Staat soviel Geld auswirft, kein Privatvergnügen, sondern ein gesellschaftlicher Auftrag ist.

Du hast als FDJ-Gruppenleiterin dabei eine besondere Verantwortung. Karl-Heinz Röhr

ter den Wissenschaftlern der Philipps-Universität fand; Mehrere Professoren und Dozenten sowie eine ganze Reihe von Assistenten nutzten die einmalige Gelegenheit, mit Kollegen aus der DDR in Meinungsaustausch zu treten.

Dr. Krüger wies in seiner Gastvorlesung anschaulich nach, wie sich das nationale Selbstbestimmungsrecht von einer politischen Forderung der jungen Bourgeoisie zur grundlegenden Norm des demokratischen Völkerrechts entwickelte, als die es in der Charta der Vereinten Nationen fixiert ist. Und er fand aufmerksame Zuhörer, als er eindringlich darlegte, daß angesichts der Bedrohung durch einen furchtbaren

Warum werfen sie mit Schmutz?

Die Verleumdung unseres Hochschulwesens und unseres Gesundheitswesens in der antikommunistischen Presse Westdeutschlands hat in der letzten Zeit — auch was den Bereich unserer Universität angeht — nicht nur eine besonders hohe Intensität erreicht, sondern auch ein gerüttelt Maß an Stupidität.

Da wird gegen den namhaften Wissenschaftler Prof. Dr. Uebermuth, Verdienter Arzt des Volkes und Direktor unserer Chirurgischen Universitätsklinik mit Verleumdungen zu Felde gezogen, weil er aus der Verantwortung des Humanisten heraus zu unserem Staate steht.

Da wird der Leipziger Zoodirektor Zukowsky in plumper Weise von der westdeutschen Presse angeempelt.

Da verleumdet einer, dem als Arzt bei uns vor kurzem noch alle Unterstützung zuteil wurde, und der jetzt von Westdeutschland aus Gift und Galle spuckt, seine Mitarbeiter — Schwestern und Pfleger, die täglich ihr Bestes bei der Arbeit geben, als unentgeltlich, unfähig, unerträglich.

Da wird schließlich die Arbeitsgemeinschaft Cardiologie, geleitet von Oberarzt Dozent Dr. Herbst, Verdienter Arzt des Volkes, verächtlich gemacht, weil sie sich das Ziel gesetzt hat, jährlich 300 Kranken durch Operation mit der Herz-Lungen-Maschine zu schneller Genesung zu verhelfen — so wie es des Arztes Pflicht ist.

Selbstverständlich drücken diese Verleumdungen in keiner Weise die Meinung westdeutscher Wissenschaftler und Mediziner aus, aber um so mehr werden sie von den Knechten der militaristischen Machthaber aus trüben Quellen geschöpft und verbreitet.

Zwei Gründe gibt es im wesentlichen für diese verzweifelten Versuche, die Vernunft, die Erkenntnis, daß der Sozialismus das Bessere ist, aufzuhalten:

Im Staate der Militaristen ist die Krise in Wissenschaft und Gesundheitswesen ganz offensichtlich und bedrohlich geworden. Die westdeutschen Wissenschaftler und Hochschullehrer sehen jetzt keine andere Wahl,

als in aller Offenheit und mit aller Entschiedenheit Forderungen anzumelden, die in konträrem Gegensatz zu den wissenschafts- und bildungsfeindlichen Bestrebungen stehen, die Strauß und Schröder verwirklichen möchten, um die Ziele des westdeutschen Polizei- und Atomrüstungsstaates durchzusetzen: die Wissenschaft und die Wissenschaftler diesen Zielen dienstbar zu machen und im übrigen ihre Rechte und ihre humanistischen Bestrebungen kategorisch zu beschneiden.

Zum anderen blicken aus der wachsenden Misere heraus die westdeutschen Wissenschaftler immer stärker über die Grenze, lernen bei Besuchen unserer Republik und in Gesprächen mit Fachkollegen unsere Erfolge und die wahren Probleme unserer Entwicklung kennen. Uns wird größeres Verständnis, größere Aufmerksamkeit und Hochachtung entgegengebracht. Für eine Verleumdungskampagne gibt es da keine Angelpunkte, das wird immer klarer sichtbar.

Deshalb jetzt dieses Dilemma. Übrig bleiben ein paar dumme Bemerkungen ohne die geringste Substanz. Da sie keine Argumente haben, nicht einmal mehr ganz und gar durchsichtige Argumente, beginnen sie wild mit Schmutz zu werfen.

Es ist eine spezielle Äußerung der Torschlussphase des militaristischen Systems, welches sich unter anderem

bereits äußerte in der Denkschrift der Bonner Generale, der Kündigung des innerdeutschen Handels- und Zahlungsabkommens, dem Schröderschen Reiseverbotsgesetz. Die Paralyse dieses Systems hat begonnen. Sie probieren die letzten Mittel, aber nichts wird ihnen helfen. Je mehr diese wütenden und dreisten Attacken an der beispielhaften Entwicklung in unserer Republik zerschellen, um so mehr stellen sie sich selbst bloß, stellen sie ihr wahres Gesicht zur Schau.

Getragen vom humanistischen Arzt-Ethos pulsiert an unseren Kliniken ein reiches wissenschaftliches Leben. Ärzte ringen um Menschenleben, erhöhen ihre Qualifikation, forschen im Unbekannten, erreichen das Weltniveau. Aber nichts fürchten diejenigen, die in Wirklichkeit auf Arzt-Ethos und Humanismus pfeifen, mehr als das. Und während sich in Westdeutschland die Atomrüstung immer mehr zum Schaden humanistischer Wissenschaft auswirkt, und es in der Tat bei uns so ist und nicht anders sein kann, daß die Wissenschaft, daß insbesondere die Medizin in höchstem Maße zum Wohle des Menschen ihre Anwendung findet, deshalb können sie nur geifernd mit Schmutz werfen, Tatsachen verdrehen und — wie gesagt — sich selbst so demaskieren, daß ihr wahres Wesen allen sichtbar wird. G. L.

Studenten danken Professor Uebermuth

Im Auftrage der FDJ-Wahlversammlung des V. Studienjahres der Medizinischen Fakultät drückte als Vertreter der Studenten der Erste Sekretär der FDJ-Studienjahresleitung, Klaus Kühndel, Herrn Prof. Dr. med. Uebermuth, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik, Worte der Hochachtung und des Dankes für seine großen Anstrengungen aus, uns, den Studenten, ein fundiertes chirurgisches Grundwissen zu vermitteln. Gleichzeitig dankte er für das konse-

quente, dem ärztlichen Ethos entsprechende Verhalten des hochverehrten Hochschullehrers, das uns allen ein großes Vorbild ist und uns zur Nachahmung verpflichtet.

Die Studenten des V. Studienjahres der Medizinischen Fakultät stehen geschlossen hinter dem aufrichtigen und patriotischen Verhalten von Herrn Prof. Dr. med. Uebermuth gegen die Lügen und Verleumdungen westlicher Zeitungen. P. Barß